

Das neue Personengesellschaftsrecht

Schäfer

2022

ISBN 978-3-406-77501-7

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schäfer
Das neue Personengesellschaftsrecht

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, orange sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three orange dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, orange sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das neue Personengesellschaftsrecht

Einführung zum MoPeG

Herausgegeben von

Dr. Carsten Schäfer

Professor an der Universität Mannheim

2022 
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Bearbeiter in Schäfer Neues PersGesR § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77501 7

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Umschlaggestaltung, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Die Bearbeiter

Dr. Christian Armbrüster

Professor an der Freien Universität Berlin, Richter am Kammergericht a.D.

Dr. Alfred Bergmann

Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe
Honorarprofessor an der Universität Mainz

Dr. Barbara Grunewald

Professorin an der Universität zu Köln

Dr. Mathias Habersack

Professor an der Universität München

Dr. Joachim Hennrichs

Professor an der Universität zu Köln

Dr. Marc Hermanns

Notar, Köln

Dr. Thomas Liebscher

Rechtsanwalt, Mannheim

Honorarprofessor an der Universität Heidelberg

Dr. Max Noack

Richter am Landgericht, zurzeit Bundesgerichtshof, Karlsruhe

Dr. Carsten Schäfer

Professor an der Universität Mannheim

Dr. Eberhard Schollmeyer, LL.M. (Emory)

Ministerialrat, Bundesministerium der Justiz, Berlin

Dr. Johannes Wertenbruch

Professor an der Universität Marburg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet:

§ 1 Reformbedarf und Schwerpunkte	Schäfer
§ 2 Register für die GbR	Hermanns
§ 3 Außen- und Innengesellschaft	Armbrüster
§ 4 Vertretung und Haftung	Habersack
§ 5 Beschlussfassung und Beschlussmängelrecht	Grunewald/ Liebscher
§ 6 Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	Schäfer
§ 7 Gesellschafterwechsel	Bergmann
§ 8 Insolvenz	Schäfer
§ 9 Auflösung und Liquidation	Noack
§ 10 Freiberufler und PartG	Wertenbruch
§ 11 Kapitalanteil, Kontensystem, Jahresabschluss	Henrichs
§ 12 Umwandlung	Schollmeyer
§ 13 Verein ohne Rechtspersönlichkeit	Wertenbruch
§ 14 Anhang: Synopse zum MoPeG	Schäfer

Vorwort

Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) ist am 17.8.2021 im Bundesgesetzblatt verkündet worden und tritt am 1.1.2024 in Kraft. Es unterwirft das Personengesellschaftsrecht, das vor allem in BGB (§§ 705 ff. BGB) und HGB (§§ 105 ff. HGB) verankert ist, einer Generalrevision, ordnet den Stoff neu, passt ihn an das geltende Recht an und nimmt sowohl im Grundsätzlichen wie in vielen Details zahlreiche inhaltliche Änderungen vor, ohne aber seine bewährte Grundstruktur in Frage zu stellen. Vorausgegangen ist ihm eine intensive Reformdiskussion, beginnend mit dem 71. Deutschen Juristentag 2016 in Essen. Dessen Beschlüsse sind bei den damaligen Koalitionspartnern und im Bundesjustizministerium auf fruchtbaren Boden gefallen und haben zur Einsetzung der „Expertenkommission Modernisierung des Personengesellschaftsrechts“ geführt, die in gut anderthalb Jahren den sogenannten „Mauracher Entwurf“ erarbeitet hat – er ist das Kernstück des neuen Rechts. Der Gesetzgeber hat sich nach einer langen Zeit des Verharrens schließlich den Reformrufen geöffnet, die schon seit den 1980er Jahren erhoben und zuletzt immer lauter wurden.

Der vorliegende Band möchte in das neue Recht einführen und es in seinen Leitgedanken vorstellen, die Änderungen gegenüber dem noch geltenden Recht aber auch im Detail präsentieren. Das erste Kapitel gibt einen kurzen Abriss über die Reformdiskussion und das Gesetzgebungsverfahren. Es stellt die Entwicklung der verschiedenen Entwürfe vor und geht auf die wesentlichen Veränderungen ein, die das neue Recht in dieser letzten Phase seiner Entstehung noch genommen hat. Und es stellt die Kernelemente der Reform vor. In den folgenden, systematisch geordneten Kapiteln werden die zentralen Themen des Personengesellschaftsrechts auf Basis des MoPeG präsentiert und einzelne Änderungen gegenüber dem geltenden Recht verdeutlicht. Der Materialteil enthält eine synoptische Gegenüberstellung des alten und neuen Rechts in BGB und HGB.

Die Autoren waren entweder Mitglied der Expertenkommission (Bergmann, Grunewald, Hermanns, Liebscher, Schäfer, Wertenbruch) bzw. des federführenden Referats im BMJV (Schollmeyer, Noack). Oder sie haben sich als profunde Kenner der Materie intensiv an der Reformdiskussion beteiligt (Armbrüster, Habersack, Hennrichs). Man kann daher gewiss sagen, dass sie in den letzten Jahren schon intensiv mit dem

Vorwort

neuen Recht gelebt haben. Die Manuskripte wurden im Wesentlichen im Herbst 2021 abgeschlossen.

Mannheim/München, Dezember 2021

Herausgeber und Verlag


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII

§ 1. Reformbedarf des geltenden Rechts und Schwerpunkte des neuen Personengesellschaftsrechts	1
I. Zum Reformbedarf des geltenden Rechts	1
II. Entwicklung bis zum Mauracher Entwurf	3
III. Die wichtigsten Vorschläge des Mauracher Entwurfs im Überblick	4
1. BGB-Gesellschaft	4
2. Handelsgesellschaften	5
3. Insbesondere das neue Leitbild der Außen-GbR und seine Umsetzung	6
a) Ausgangspunkt und Regelungsansatz	6
b) Umsetzung durch den Mauracher Entwurf	7
IV. Änderungen durch Referenten- bzw. Regierungsentwurf	11
1. Beschlussmängelrecht nur für die Handelsgesellschaften	11
2. Klage auf Feststellung des Beschlussergebnisses	12
3. Änderungen im Recht der Beschlussfassung	13
4. Zwingender Rechtsformzusatz für die eingetragene GbR	16
5. Streichung des Voreintragungserfordernisses beim Erwerb registrierter gewerblicher Schutzrechte	16
6. Gesetzliche Klarstellung der fehlenden Vermögensfähigkeit der Innengesellschaft	17
7. Gesetzliche Regelung zum liquidationslosen Erlöschen der Gesellschaft beim Ausscheiden des vorletzten Gesellschafters	18
8. Gesetzliche Klarstellung der Unfähigkeit, eigene Anteile zu erwerben	19
9. Erhaltung des ‚Kapitalanteils‘ in der Personenhandelsgesellschaft	20
V. Änderungen aufgrund der Empfehlungen des Rechtsausschusses	20
1. Überblick	20
2. Neujustierung der Abgrenzung zwischen Alt- und Neuverbindlichkeiten bei Schadensersatzansprüchen	22
3. Simultaninsolvenz von GmbH und KG bei der GmbH & Co	24
4. Inkrafttreten des MoPeG	25
	IX

§ 2. Register für die GbR	27
I. Ziel der Einführung des Gesellschaftsregisters	27
II. Regelungstechnik	28
III. Das Verfahren und die Folgen der Ersteintragung einer GbR	29
1. Allgemeines	29
2. Registerzuständigkeit	30
3. Notwendige Angaben	30
a) Angaben zur Gesellschaft	30
b) Angaben zu jedem Gesellschafter	31
c) Angaben zur Vertretungsbefugnis	31
d) Versicherung der Gesellschafter	32
e) Form	32
f) Namenszusatz	32
g) Rechtsfolgen	33
h) Löschung	34
i) Verfahrensrecht	34
j) Muster	35
IV. Anmeldung von Veränderungen	35
V. Statuswechsel	36
1. Allgemeines	36
2. Anmeldung zum Ausgangsregister	37
3. Umfang der Prüfung	38
4. Muster einer Statuswechselanmeldung	39
VI. Novellierungen in ausgewählten Objektregistern	39
1. Allgemeines	39
2. Änderungen im Grundbuchrecht	40
a) Überblick	40
b) Das neue Grundbuchverfahren im Einzelnen	40
c) Die GbR als Erwerber eines Grundstücks oder eines anderen im Grundbuch eingetragenen Rechts	41
aa) Beurkundung der Auflassung erst nach Registrierung der GbR	42
bb) Vorzugswürdiger Weg für die notarielle Praxis	43
cc) Übergangsfälle	43
dd) Beteiligung einer GbR auf Veräußererseite	43
d) Sonstige interne Veränderungen bei einer nach Altrecht eingetragenen GbR („Bestands-GbR“)	46
e) Bewilligungserfordernisse in den Fällen des Art. 229 § 21 Abs. 1 und Abs. 2 EGBGB-neu	46
3. Auswirkungen auf die Gesellschafterliste nach § 40 GmbHG	47
a) Liste der Gesellschafter	47
b) Im Einzelnen gilt Folgendes	47
c) Zu unterscheidende Einzelfälle	48
4. Auswirkungen auf das Aktienregister nach § 67 AktG	49

5. GbR als Gesellschafterin einer
Personenhandelsgesellschaft 50

§ 3. Außengesellschaft und Innengesellschaft im Recht der GbR . . . 53

I. Überblick 53

1. Entwicklung bis zum MoPeG 53

2. Bedeutung und Reichweite der Rechtsfähigkeit 55

3. Regelungsstruktur der §§ 705–740b BGB-neu 57

II. Anforderungen an die Rechtsfähigkeit 59

1. Gemeinsamer Wille zur Teilnahme am Rechtsverkehr . . . 59

a) Überblick 59

b) Gemeinsamer Wille 61

c) Statuswechsel infolge Willensänderung 63

d) Anwendungsfälle 65

2. Außengesellschaft kraft Eintragung 66

a) Rechtlicher Ausgangspunkt 66

b) Konstitutive Wirkung der Eintragung 67

c) Vor- und Nachteile einer Eintragung 68

3. Außengesellschaft kraft Rechtsscheins 69

4. Darlegungs- und Beweislast 70

III. Vermögensfähigkeit 70

1. Grundlagen 70

2. Außengesellschaft 71

a) Vermögensfähigkeit 71

b) Gesamthandsvermögen der Gesellschafter 71

3. Innengesellschaft 73

a) Vermögensfähigkeit 73

b) Gesamthandsvermögen der Gesellschafter 73

IV. Insolvenzfähigkeit 78

V. Für die Innengesellschaft geltende Vorschriften 79

1. Überblick 79

2. Fehlende Vermögensfähigkeit 79

3. Innenverhältnis 79

4. Beendigungstatbestände 80

5. Auseinandersetzung 82

6. Ausscheiden eines Gesellschafters 83

§ 4. Vertretung der Gesellschaft und Haftung der Gesellschafter . . . 85

I. Überblick 85

1. Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft . . . 85

2. Haftung der Gesellschafter 86

II. Organschaftliche Vertretung der Gesellschaft 87

1. OHG, KG und Partnerschaftsgesellschaft 87

a) Werbende OHG 87

b) Werbende KG 88

c) Werbende Partnerschaftsgesellschaft	89
d) Liquidationsgesellschaft	90
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	90
a) Werbende Gesellschaft	90
b) Liquidationsgesellschaft	95
III. Gesellschafterhaftung	95
1. OHG	95
a) Werbende Gesellschaft	95
aa) Haftung im Allgemeinen	95
bb) Nachhaftung im Besonderen	96
b) Liquidationsgesellschaft	98
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	99
a) Werbende Gesellschaft	99
b) Liquidationsgesellschaft	101
3. Partnerschaftsgesellschaft	102
4. KG	102
a) Werbende Gesellschaft	102
aa) Überblick	102
bb) Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung	103
cc) Haftung vor Eintragung	103
dd) Eintrittshaftung	104
ee) Nachhaftung	104
b) Liquidationsgesellschaft	105
§ 5. Beschlussfassung und Beschlussmängelrecht bei der GbR	
 und den Personenhandelsgesellschaften	107
I. Einführung	107
1. Die Rechtslage vor Inkrafttreten des MoPeG	107
a) Voraussetzungen der Beschlussfassung	107
b) Die Beschlussfassung	108
c) Feststellung des Beschlussergebnisses	109
d) Beschlussmängel	109
2. Der Reformbedarf	110
a) Beschlussfassung	110
b) Beschlussmängel	111
3. Reformbestrebungen für das Beschlussmängelrecht	111
4. Die Neuregelungen im Überblick	112
a) Voraussetzungen der Beschlussfassung	113
b) Beschlussfassung	113
c) Beschlussmängel	113
II. Das Beschlussverfahren	114
1. Voraussetzung der Beschlussfassung,	
Beschlussfassung	114
a) Die für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	
vorgeesehenen Neuregelungen	114

b)	Die für die Personenhandelsgesellschaften geltenden Regeln	116
aa)	Voraussetzungen der Beschlussfassung	116
bb)	Die Beschlussfassung	117
c)	Feststellung des Beschlussergebnisses	118
2.	Auswirkungen der für die Handelsgesellschaften getroffenen Regeln auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	119
III.	Beschlussmängel	120
1.	Begrenzung der Neuregelung auf die Personenhandelsgesellschaften	120
2.	Fehlergründe	121
a)	Nichtigkeitsgründe	121
b)	Anfechtungsgründe	123
3.	Folgen eines Fehlers	124
a)	Nichtigkeit	124
b)	Anfechtbarkeit	124
c)	Heilung/Bestätigung	125
IV.	Prozessuale Geltendmachung von Beschlussmängeln	126
1.	Allgemeines	126
2.	Anfechtungsklage	133
a)	Anfechtungsbefugnis	133
b)	Anfechtungsfrist	135
c)	Passivlegitimation	138
d)	Urteilswirkungen	139
e)	Gerichtszuständigkeit	141
f)	Streitwert	143
3.	Nichtigkeitsklage	144
4.	(Positive) Beschlussfeststellungsklage	144
5.	Feststellungsklage	145
a)	Personenhandelsgesellschaften	145
b)	Nicht kaufmännische Personengesellschaften	148
6.	Verbindung der Verfahren	150
V.	Resonanz und Kritik zum neuen Beschlussrecht	151
1.	Begrenzung des Anwendungsbereichs	152
2.	Beschlussverfahren	156
VI.	Praxishinweise	159
1.	Opt-In für GbR	160
2.	Opt-Out für Personenhandelsgesellschaften	163
3.	Formalisierung des Beschlussverfahrens	164
4.	Sonderfall: Schiedsklauseln	165
a)	Hintergrund	166
b)	Praxisfolgen nach Inkrafttreten des MoPeG	169
VII.	Auswirkungen des neuen Beschlussmängelrechts der Personenhandelsgesellschaften auf das Recht der GmbH	172
1.	„Ausstrahlung“ des MoPeG auf das Recht der GmbH	172

2. Möglichkeit eines „Analogiewechsels“	174
3. Vergleichbarkeitsprognose durch Gegenüberstellung einzelner Regelungen	177
§ 6. Mitgliedschaftsrechte und -pflichten bei der GbR und den Personenhandelsgesellschaften	187
I. Grundlagen und Gang der Darstellung	187
II. Beibehaltung allgemeiner Grundsätze; ausgesparte Regelungsgegenstände	189
III. Mitgliedschaftsrechte	193
1. Beibehaltung der Unterscheidung zwischen unverzichtbaren und unentziehbaren Rechten	193
a) Einführung	193
b) Unverzichtbare Rechte	193
c) Unentziehbare Rechte	196
2. Stimmrecht	196
3. Gewinnrecht	198
4. Weitere Vermögensrechte	201
a) Abfindungsanspruch	201
b) Anteil am Liquidationserlös	205
c) Aufwendungsersatz	205
5. Informationsrecht	206
6. Geschäftsführungsrecht	208
a) Allgemeines	208
b) Allgemeine Neuerungen beim Geschäftsführungsrecht	209
c) Entzug der Geschäftsführungsbefugnis	210
d) Kündigung der Geschäftsführungspflicht durch den Gesellschafter	211
e) Notgeschäftsführungsrecht	212
7. Klagerechte	213
a) Actio pro socio	213
b) Recht zur Erhebung einer Beschlussmängelklage	216
8. Ordentliches und außerordentliches Kündigungsrecht des Gesellschafters	216
9. Das bedingte Austrittsrecht bei erbrechtlicher Gesellschafternachfolge	218
IV. Mitgliedschaftspflichten	220
1. Überblick	220
2. Beitragspflicht und Mehrbelastungsverbot	221
3. Fehlbetragshaftung bei Ausscheiden oder Auflösung („Nachschusspflicht bei Verlust“)	224
V. Sorgfaltsmaßstab bei der Erfüllung mitgliederschaftlicher Pflichten	225
VI. Besonderheiten bei den Handelsgesellschaften	226
1. Einführung und Weiterverweisung	226

2. Das Geschäftsführungsrecht des OHG-Gesellschafters/ Komplementärs	227
3. Das Gewinnrecht des OHG-Gesellschafters/ Komplementärs	228
4. Das bedingte Austrittsrecht des OHG-Gesellschafter/ Komplementär-Erben	231
5. Das Kündigungsrecht des Personenhandelsgesellschafters	231
6. Das Abfindungsrecht des ausgeschiedenen Personenhandelsgesellschafters	232
7. Das Informationsrecht des Kommanditisten (und stillen Gesellschafters)	233
8. Das Gewinnrecht des Kommanditisten	235
9. Das Wettbewerbsverbot des OHG-Gesellschafters/ Komplementärs	236
10. Die Fehlbetragshaftung des OHG-Gesellschafters/ Komplementärs	237
11. Die Einlagepflicht des Kommanditisten	237
12. Ausschluss der Nachschusspflicht beim Kommanditisten	238

§ 7. Gesellschafterwechsel (Ausscheiden, Ausschließung, Anteilsübertragung) bei der GbR und den Personenhandelsgesellschaften 241

I. Anteilsübertragung	241
1. Übertragung und Übergang von Gesellschaftsanteilen bei der GbR	241
a) Überblick über die Neuregelung (§§ 711, 711a BGB-neu)	241
b) Anteilsübertragung unter Lebenden (§§ 711 Abs. 1, 711a BGB-neu)	242
aa) Grundsatz (§ 711 Abs. 1 S. 1 BGB-neu)	242
bb) Unzulässigkeit des Erwerbs eigener Anteile der Gesellschaft (§ 711 Abs. 1 S. 2 BGB-neu)	244
cc) Eingeschränkte Übertragbarkeit von Gesellschafterrechten (§ 711a BGB-neu)	244
c) Übergang von Todes wegen (§ 711 Abs. 2 BGB-neu)	246
2. Anteilsübertragung bei den Personenhandelsgesellschaften und der Partnerschaft	247
a) Allgemeine Verweisung (§ 105 Abs. 3 HGB-neu, § 161 Abs. 2 HGB-neu, § 1 Abs. 4 PartGG-neu)	247
b) Haftung beim Übergang von Kommanditanteilen (§ 176 Abs. 2 HGB-neu)	248
c) Anteilsübergang beim Tod eines Kommanditisten (§ 177 HGB)	249

3. Anteilsübertragung und Anteilsübergang bei der nicht rechtsfähigen BGB-Gesellschaft	249
II. Ausscheiden eines Gesellschafters aus der BGB-Gesellschaft	250
1. Allgemeines	250
a) Ausscheiden statt Auflösung	250
b) Anwachsung (§ 712 Abs. 1 BGB-neu)	251
c) Ausscheiden des vorletzten Gesellschafters (§ 712a BGB-neu)	252
aa) Allgemeines	252
bb) Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 712a BGB-neu	253
cc) Rechte und Pflichten des vorletzten und des verbleibenden Gesellschafters (§ 712a Abs. 2 BGB-neu)	254
2. Ausscheidensgründe (§§ 723–727 BGB-neu)	255
a) Allgemeines (§ 723 BGB-neu)	255
aa) Katalog von Ausscheidensgründen (§ 723 Abs. 1 BGB-neu)	255
bb) Wirksamwerden des Ausscheidens (§ 723 Abs. 3 BGB-neu)	256
b) Die einzelnen Ausscheidensgründe	258
aa) Ausscheiden durch Tod des Gesellschafters und Fortsetzung mit den Erben (§ 723 Abs. 1 Nr. 1 BGB-neu, § 724 BGB-neu)	258
bb) Kündigung der Mitgliedschaft durch den Gesellschafter (§ 723 Abs. 1 Nr. 2 BGB-neu, § 725 BGB-neu)	261
(1) Allgemeines	261
(2) Ordentliche Kündigung (§ 725 Abs. 1 BGB-neu)	261
(3) Kündigung aus wichtigem Grund (§ 725 Abs. 2 und 3 BGB-neu)	262
(4) Kündigung des volljährig gewordenen Gesellschafters (§ 725 Abs. 4 BGB-neu)	263
(5) Kündigung zur Unzeit (§ 725 Abs. 5 BGB-neu)	264
cc) Kündigung der Mitgliedschaft durch einen Privatgläubiger des Gesellschafters (§ 723 Abs. 1 Nr. 4, § 726 BGB-neu)	264
dd) Ausschließung aus wichtigem Grund (§ 723 Abs. 1 Nr. 5 BGB-neu, § 727 BGB-neu)	265
3. Ansprüche des ausgeschiedenen Gesellschafters (§ 728 BGB-neu)	266
a) Allgemeines	266
b) Anspruch auf angemessene Abfindung (§ 728 Abs. 1 S. 1 Fall 2, Abs. 2 BGB-neu)	267

aa) Grundsätzliches	267
bb) Schuldner des Abfindungsanspruchs	268
cc) Bemessung der Abfindung	268
dd) Abfindungsvereinbarungen	269
4. Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters für Fehlbetrag (§ 728a BGB-neu)	270
5. Nachhaftung (§ 728b BGB-neu)	270
III. Ausscheiden eines Gesellschafters aus der nicht rechtsfähigen GbR (§ 740c BGB-neu)	272
IV. Ausscheiden eines Gesellschafters aus der Personenhandelsgesellschaft (§§ 130 ff. HGB-neu)	273
§ 8. Insolvenz von Gesellschaft und Gesellschaftern	277
I. Einführung	277
II. Die Insolvenz der Gesellschaft und ihre Rechtsfolgen	278
1. Insolvenzfähigkeit der rechtsfähigen Außengesellschaft	278
a) Rechtsfähigkeit der Außengesellschaft und Abgrenzung zur Innengesellschaft	278
b) Insolvenzrechtliche Folgeänderungen	279
c) Zuständigkeit des Insolvenzgerichts am Sitz der Gesellschaft	280
2. Besonderheiten hinsichtlich Insolvenzfähigkeit und Sitz bei der registrierten Gesellschaft	281
a) Gesellschaftsregister mit freiwilliger Eintragung	281
b) Allgemeine insolvenzrechtliche Konsequenzen	281
c) Besonderheiten bei der Zuständigkeit des Insolvenzgerichts am Gesellschaftssitz	282
3. Zur Auflösung der insolventen Gesellschaft	283
4. Besondere Insolvenzfolgen bei der Gesellschaft ohne unbeschränkt haftende natürliche Person	284
a) Zum Begriff der Gesellschaft ohne unbeschränkt haftende natürliche Person	284
b) Auflösung bei Ablehnung der Verfahrenseröffnung mangels Masse bzw. wegen Vermögenslosigkeit	285
c) Zahlungsverbot und insolvenzbedingte Geschäftsführerhaftung (§ 15b InsO)	285
III. Zum Ausscheiden des insolventen Gesellschafters	287
IV. Sonderregeln für die Innengesellschaft	289
V. Fazit	290
§ 9. Auflösung und Liquidation	293
I. Einleitung	293
II. Auflösung	293
1. Auflösungsgründe	294

2. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	296
III. Liquidation	297
1. Liquidationsdogmatik	298
2. Anwendbares Recht, Dispositivität	300
3. Rechtsstellung der Liquidatoren	301
4. Durchführung der Liquidation	304
a) Aussonderung gesellschaftsfremden Vermögens	304
b) Vollständige Umsetzung des Gesellschaftsvermögens in Geld	305
c) Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger	305
d) Rückerstattung der Beiträge an die Gesellschafter	306
e) Schlussabrechnung	307
IV. Vollbeendigung	308
V. Löschung im Gesellschaftsregister	308
VI. Sonderfall: Liquidationslose Vollbeendigung der Gesellschaft bei Ausscheiden des vorletzten Gesellschafters	309
VII. Besonderheiten bei den Handelsgesellschaften und der Partnerschaft	310
§ 10. Die Öffnung der Personenhandelsgesellschaft für die Freien Berufe	313
I. Einleitung	313
II. Die Öffnungsregelung des § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-neu im Rahmen der neuen Gesetzssystematik der §§ 105, 107 HGB-neu	313
1. Die Neufassung des § 105 HGB – Beschränkung auf Handelsgewerbe iSd § 1 Abs. 2 HGB	313
2. Die Systematik des § 107 Abs. 1 HGB-neu – drei Eintragungsoptionen	315
3. Die Eintragungsoption des § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-neu für die gemeinsame Ausübung Freier Berufe – Berufsrechtsvorbehalt für Landes- und Bundesgesetzgebung	316
III. Die Erwägungen des MoPeG-Gesetzgebers im Anschluss an die Handelsrechtsreform 1998 und die Beschlüsse des 71. DJT 2016	317
1. Einführung der beschränkten Eintragungsoption des § 105 Abs. 2 HGB-alt durch das HRefG 1998	317
2. Die Beschlüsse des 71. DJT 2016	318
3. Die Motive des MoPeG-Gesetzgebers bezüglich der Öffnung des HGB-Personengesellschaftsrechts für die Freien Berufe	319
IV. Zuständigkeit für Prüfung der einschlägigen berufsrechtlichen Eintragungsvoraussetzungen – Konformitätsbescheinigung	320

V. Das „Wettbewerbsverhältnis“ zwischen freiberuflicher OHG/KG und der PartG mbB 321

1. Freier Wettbewerb der Rechtsformen als Grundsatz . . 321

2. Vor- und Nachteile der PartG mbB im Vergleich zur GmbH & Co. KG 322

 a) Umfang der persönlichen Haftung 322

 b) Insolvenzantragspflicht nach § 15a Abs. 1 InsO und Zahlungsverbot nach § 15b InsO 323

 c) Gewerbesteuerproblematik bei GmbH & Co. KG sowie PartG mbB 324

 aa) Einkommensteuerrechtliche Abfärbung nach § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG als Grundlage für eine Veranlagung zur Gewerbesteuer 324

 bb) Gefährdung der Rechtsform der PartG mbB bei gewerblichen Einkünften 326

 d) Kaufmännische Rechnungslegung und Offenlegung der Jahresabschlüsse nach § 264a HGB iVm § 325 HGB-neu – Erkennbarkeit von Margen 327

VI. Zulassung der OHG, KG sowie GmbH & Co. KG für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer bei untergeordneter Treuhandtätigkeit vor Inkrafttreten des MoPeG und StBerG-Novelle 329

VII. Zulassung der Rechtsform der OHG und KG für Steuerberater nach § 49 StBerG-neu iVm § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-neu und für Wirtschaftsprüfer nach § 27 WPO-neu iVm § 107 Abs. 2 HGB-neu 330

VIII. Das ab 1.8.2022 geltende Berufsrecht für Anwälte (BRAO-Novelle 2021) 331

 1. § 59b Abs. 2 Nr. 1 BRAO-neu als Ausformungsgesetz im Verhältnis zu § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-neu 331

 2. Einordnung des § 59b Abs. 2 Nr. 1 BRAO-neu, § 49 Abs. 2 StBerG-neu und § 27 WPO-neu als temporäre leges speciales bis zum 1.1.2024 – befristete Vorfahrtsregelung im Verhältnis zu § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-neu 332

 3. Die berufsrechtlichen Voraussetzungen der anwaltlichen OHG, KG sowie GmbH & Co. KG nach §§ 59b, 59c, 59i BRAO-neu 334

IX. Berufsrechtliche Zulässigkeit der Einheits-GmbH & Co. KG – Vorzüge gegenüber der klassischen GmbH & Co. KG 337

 1. Sicherung der Beteiligungsidentität und Kostenersparnis bei Wahl der Einheits-GmbH & Co. KG – Stimmrechtsausübung in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH 337

 2. Berufsrechtliche Zulässigkeit der anwaltlichen Einheits-GmbH & Co. KG 338

X. Die berufsrechtliche Zulässigkeit der OHG, KG sowie GmbH & Co. KG einschließlich Einheits-GmbH & Co. KG für Steuerberater §§ 49, 55a StBerG-neu und Wirtschaftsprüfer nach §§ 27, 28 WPO-neu	339
XI. Gestaltungsschwierigkeiten bei Zuständigkeit der Landesgesetzgeber für das Berufsrecht	341
XII. Zusammenfassung	342
§ 11. Kapitalanteil, Kontensystem, Jahresabschluss bei Personenhandelsgesellschaften	343
I. Grundlagen und Grundbegriffe	343
II. Einlage: Aufbringung, rückständige Einlage und Rückzahlung	349
III. Konten	352
IV. Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses bei Personenhandelsgesellschaften	354
1. Aufstellung	354
a) Bedeutung und Zuständigkeit	354
aa) Allgemeines	354
bb) Buchung von Gewinn und Verlust	354
cc) Informationsrechte der Kommanditisten (§ 166 HGB-neu)	356
2. Feststellung	357
a) Bedeutung und Zuständigkeit	357
aa) Allgemeines	357
bb) Bindung der Kommanditisten an den aufgestellten Jahresabschluss?	359
cc) Gewinnauszahlungsansprüche der Gesellschafter im festgestellten Jahresabschluss	361
V. Gewinnverwendung	364
VI. Fehlerhafte (insbesondere nichtige) Abschlüsse bei Personenhandelsgesellschaften	364
§ 12. Die Personengesellschaft in der Umwandlung	367
I. Die Umsetzung der Reformziele des MoPeG im Umwandlungsrecht	367
II. Erweiterte Umwandlungsmöglichkeiten unter Beteiligung von Personengesellschaften	370
1. Verschmelzung und Spaltung	370
2. Formwechsel	373
III. Beschlussfassung und Zustimmungserfordernisse	375
1. Grundsatz der Einstimmigkeit; Mehrheitsklauseln; Gesellschafterversammlung	375
2. Zustimmungserfordernisse; Widerspruchsrechte	377
IV. Kapitalaufbringung	380

1. Kapitalaufbringung bei der Umwandlung in Kapitalgesellschaften	380
2. Personengeschafter als neue GmbH-Geschafter, Aktionäre und Gründer; Gründerhaftung	382
a) Gründerstellung von Geschaftern und übertragenden Gesellschaften	382
b) Gründerhaftung im Allgemeinen	383
c) Besonderheiten bei umwandelnden Personengesellschaften	384
3. Kapitalerhöhung bei Spaltung und Verschmelzung zur Aufnahme	387
4. Grundlagen der Umwandlungs- und Gründungsprüfung	388
a) Umwandlungs- und Sachgründungsbericht	388
b) Kein Bilanzerfordernis	390
V. Haftungsrisiken der Geschafter	391
1. Geschafter des übertragenden Rechtsträgers	391
2. Geschafter des neuen Rechtsträgers und des Rechtsträgers neuer Rechtsform	393
3. Geschafter des übernehmenden Rechtsträgers	394
VI. Schutz der Altgläubiger	394
VII. Voreintragungserfordernis	395
1. Voreintragungserfordernis beteiligter Gesellschaften bürgerlichen Rechts	395
2. Umwandlung eingetragener Gesellschaften bürgerlichen Rechts	395
3. Umwandlung unter Beteiligung einer eingetragenen Gesellschaft bürgerlichen Rechts als übernehmendem oder neuen Rechtsträger oder Rechtsträger neuer Rechtsform	396
VIII. Statuswechsel	397
1. Fallgruppen	397
2. Voraussetzungen	398
3. Haftung	398
§ 13. Verein ohne Rechtspersönlichkeit	401
I. Begriffliche und inhaltliche Problematik des § 54 BGB-alt – die Rechtsfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins	401
II. Regelung des § 54 BGB-neu im Überblick – Ersetzung der Bezeichnung „nichtrechtsfähiger Verein“ durch „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“	402
III. Die für Idealvereine ohne Rechtspersönlichkeit geltende Verweisung des § 54 Abs. 1 S. 1 BGB-neu auf die §§ 24–53 BGB-neu	403

Inhalt	Inhaltsverzeichnis
IV. Entsprechende Anwendung des Rechts der Personengesellschaft auf die wirtschaftlichen Vereine gemäß § 54 Abs. 1 S. 2 BGB-neu	405
V. Handelndenhaftung nach § 54 Abs. 2 BGB-neu – Anwendung auf wirtschaftliche Vereine ohne Rechtspersönlichkeit und Idealvereine ohne Rechtspersönlichkeit	407
VI. Grundbuchfähigkeit des nicht eingetragenen Vereins	408
1. Grundbuchfähigkeit des nicht eingetragenen Idealvereins	408
2. Grundbuchfähigkeit des nicht eingetragenen wirtschaftlichen Vereins	410
VII. Zusammenfassung	410
 § 14. Anhang: Synopse zum MoPeG	 413
I. Synopse BGB Stand 1.11.2021/BGB ab 1.1.2024	414
II. Synopse HGB Stand 1.11.2021/HGB ab 1.1.2024	448
 Stichwortverzeichnis	 499

